

wurde; denn hier haben natürlich die westdeutschen Länder ihre Interessen. Im Blick auf das Hochschulrahmengesetz möchte ich sagen, daß wir eigentlich gehofft hatten, daß sich der Minister hier für eine Lösung stark macht, die der im Rahmen der Abtreibungsproblematik entspricht, daß man nämlich am Ende einer Übergangszeit gemeinsam über ein neues Hochschulrahmengesetz verhandelt und daß dann auch unsere demokratischen Erfahrungen einfließen können. Auch das ist leider - jedenfalls können wir nicht wissen, ob es vielleicht doch passiert ist - nicht mit der Energie passiert, daß es erreicht wurde. Nach drei Jahren werden alle unsere weitergehenden demokratischen Mitbestimmungsregeln weggebügelt werden. Das muß man hier einfach so sagen.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie noch eine Anfrage, Herr Eimer?

(Dr. Eimer, SPD: Ja, bitte.)

Ja bitte, Frau Abgeordnete.

Frau Kayser (CDU/DA):

Herr Eimer, ich habe einen Widerspruch in Ihrem Text festgestellt. Auf der einen Seite bemerken Sie, daß die alten Direktoren noch da sind, auf der anderen Seite fordern Sie die Garantie, daß die Lehrer also bleiben. Ich bin der Meinung, daß nicht nur die Direktoren Stalinisten gewesen sind, sondern durchaus auch die vielen Staatsbürgerkunde- und anderen Lehrer.

(Gelächter bei der SPD und PDS)

Zum zweiten habe ich eine Frage an Sie: Soviel ich weiß, ist in der kommunalen Selbstverwaltung auch den Kommunen das Mitspracherecht an den Schulen übergeben worden. Meinen Sie nicht auch, daß im Rahmen dieses Mitspracherechts diese frei gewählten Kommunen das Recht haben, mitzubestimmen, wer jetzt an den Schulen als Direktor eingesetzt wird? In meiner Heimatstadt ist es so gelaufen. Und haben wir als Abgeordnete nicht die Pflicht, unsere Kommunen soweit zu unterstützen, daß dieses auch in die Tat umgesetzt wird?

Dr. Eimer (SPD):

Im letzteren Punkt liegen Sie ganz auf SPD-Linie, wenn ich das so sagen darf.

(Heiterkeit)

Wir wollen durchaus das Mitbestimmungsrecht der Kommunen. Leider ist es unter der Regie Ihres Ministers zu einem Anhörungsrecht verkommen.

Zum ersten Punkt: Ich habe nicht gefordert, daß alle Pädagogen auf Dauer im Amt bleiben sollen, sondern nur, daß hier eine klare rechtliche Regelung ist und nicht eine solche Regelung, wo sogar befürchtet werden muß, daß alle erst einmal in den Wartestand versetzt werden. So waren jedenfalls die Texte.

(Dr. Krause, CDU/DA: Sie können wohl nicht lesen.)

Aber lesen Sie doch die Texte nach, Herr Krause, die Sie selbst da gemacht haben. Natürlich müssen die Pädagogen gekündigt werden können, die beim MfS waren und die sich etwas zuschulden kommen ließen. Das ist doch völlig klar, das fordern wir auch. Aber nicht so, daß man zunächst alle, den ganzen Pädagogenstand, hier durch solche Texte in Frage stellt. Natürlich sind wir uns klar darüber, daß es so gar nicht gehen kann. Aber wir haben hier Texte zu machen, die wirklich hieb- und stichfest sind und nicht so undurchsichtig.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Krause, CDU/DA: Sie können sie nicht lesen und nicht verstehen.)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte von der Fraktion der PDS die Abgeordnete Fache, das Wort zu nehmen. Ich bitte als nächsten von der F.D.P. den Abgeordneten Schicke, sich bereitzuhalten.

Frau Fache für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das Schuljahr 1990/91 begann planmäßig, und kein Schüler hat gespürt, welche Schwierigkeiten von Pädagogen und Mitarbeitern gemeistert werden mußten, um das zu realisieren.

Auch das Hin und Her zur Ausgleichszahlung für Lehrer und Erzieher hatte keine negativen Auswirkungen auf die Arbeit. Das spricht für das Engagement und Verantwortungsbewußtsein der Pädagogen. Und aus diesem Grunde, Herr Eimer, empfinde ich die Bezeichnung „alte Seilschaften“ als nicht passend.

(Vereinzel Beifall)

Über viel Neues war in den Monaten seit der Wende diskutiert worden. Es gibt in diesem Schuljahr Schulen in freier Trägerschaft, Schulmodelle mit spezifischen Kursen und anderes. Diese sehr schöpferische Zeit wurde besonders in den letzten Wochen zunehmend von Problemen und Ängsten überschattet. Das wiederum bildete den Nährboden für Unruhe und Mißtrauen bei vielen Lehrern, Erziehern und Mitarbeitern gegenüber dem Bildungsministerium.

Dazu einige Gedanken: Das verordnete Berufungsverfahren der Direktoren war undemokratisch und sollte während der Sommerferien unter starkem Zeitdruck durchgesetzt werden. Der überwiegende Teil der Direktoren hatte im Frühjahr vor den Kollegen schon die Vertrauensfrage gestellt. Nun wurden in Eile die demokratischen Mitwirkungsgremien geschaffen. Vor allem für neue Bewerber - und das wurde schon gesagt - blieb nur kurze Zeit der Vorbereitung. Wir werten es auch als Rückschritt, daß der Schulrat nach Anhörung die alleinige Entscheidung zur Berufung treffen mußte. Bis zum heutigen Tage sind nicht alle Funktionen durch legitimierte Pädagogen besetzt. Einige Schulkomitees bestätigten die Entscheidung der Lehrer, Eltern und Schüler nicht. Dadurch blieb die Demokratie zum Teil auf der Strecke, und für die amtierenden alten Direktoren - ich möchte sie mal so bezeichnen - war die gesamte Prozedur eine schlimme psychische Belastung.

Die rechtswidrigen Entlassungen von Pädagogen aus dem Schuldienst, z. B. in Rostock und Berlin, zuletzt in Erinnerung: Marzahn, belasteten Lehrer, Eltern und Schüler gleichermaßen. Die Fraktion der PDS wendet sich entschieden gegen ungerechtfertigte Berufsverbote.

(Vereinzel Beifall)

Werte Abgeordnete! Das besonders lange Schweigen zum Einigungsvertrag hinsichtlich des § 37 - Bildung - rief nicht nur bei uns ungetragene Gefühle hervor. Nun haben wir Einblick genommen, und unsere Gefühle hatten uns nicht getrogen. Auch im Bereich Bildung werden die Interessen der ehemaligen DDR-Bürger nur ungenügend berücksichtigt.

Der Chef der Grundsatzabteilung des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, Herr Abend, äußerte am 30.8.1990 in der „Jungen Welt“, daß es nicht unser Ziel sein konnte, einfach bundesdeutsche Strukturen hier überzustülpen. Von Minister Meyer war in der DLZ 35/90 zu lesen, es wäre verhängnisvoll, würden künftige Landtagsmehrheiten und Landeskultusminister nur um des schnellen politischen Erfolges wegen die Schulgesetze westdeutscher Länder abkupfern oder insgeheim vorbereitete Gesetzesentwürfe im Schnellverfahren durchsetzen. Nun, ich kann die Sorge beider durchaus verstehen, wenn ich an den Einigungsvertrag denke. Das Überstülpen ist gut gelungen, und auch der amtierende Landesschulrat von Sachsen, Herr Husemann, kann ohne Gewissensbisse wie geplant das Bildungskonzept von Baden-Württemberg im Schnellverfahren durchsetzen - siehe auch DLZ 33.